

# Die kleine freiwirtschaftliche Bibliothek

Wege zur Natürlichen Wirtschaftsordnung  
bzw. Marktwirtschaft ohne Kapitalismus

zusammengestellt  
von  
Tristan Abromeit

Dezember 2007

[www.tristan-abromeit.de](http://www.tristan-abromeit.de)

Text 56.32

(1+14 Seiten)

Hermann Oberth

Ist eine Wirtschaftskrise vermeidbar?

Ist Schwundgeld Schwindelgeld?

1982

**IST EINE WIRTSCHAFTSKRISE  
VERMEIDBAR?**

**IST SCHWUNDGELD  
SCHWINDELGELD?**

**VON H. OBERTH**

Ist eine Wirtschaftskrise vermeidbar?

Ist Schwundgeld Schwindelgeld?

von H. Oberth

## Vorwort

Professor Hermann Oberth ist als Vater der Raumfahrt bekannt.

Er hat als erster die theoretischen Grundlagen der Raumfahrt erarbeitet und alle Probleme, die sich dabei ergeben, aufgezeigt und Lösungsvorschläge dafür gebracht. Daß die Raumfahrt so wenig Todesopfer gefordert hat, wird ihm zugerechnet. Er hatte bereits an alles gedacht, was den Menschen im Weltraum erwartet und wie er sich dagegen schützen kann.

In den späteren Jahren seines Lebens, insbesondere seitdem er beobachten konnte, wie die Raumfahrttechnik zu militärischen Zwecken mißbraucht wird, überlegte er sich Mittel und Wege um dieser Katastrophe der menschlichen Moral und Dummheit entgegenzuwirken.

Er schrieb ein Buch "Wählerfibel für ein Weltparlament" und behandelt darin alle Themen, die jeder in einer funktionierenden Demokratie wissen sollte, um die richtigen Leute zu wählen. Er ist fest davon überzeugt, daß nur eine echte demokratische Willensbildung schließlich zum Sieg der Vernunft führen wird. Alle bisherigen Revolutionen, die sozial unerträgliche Zustände abschafften, seien es Bauernaufstände, Arbeiteraufstände und schließlich auch die große bolschewistische Revolution, verloren bald an Schwung und Reformeifer, weil sich in die Reihen der Regierenden bald Leute vorschoben, die nur noch ihren eigenen Vorteil und sonst nichts im Auge hatten.

Wegen der drängenden Zeit wurden zwei Kapitel aus der "Wählerfibel", die noch nicht veröffentlicht ist, und zwar "Kakokratie" (griechisch die Herrschaft der Schlechten) und "Sind Wirtschaftskrisen vermeidbar?" vom Uni-Verlag herausgebracht. Auch in diesen beiden Heftchen zeigt sich die Gabe Prof. Oberth's, auch schwierige Probleme in einfachen Worten und für jedermann verständlich darzustellen.

Er hofft, dadurch eine Anregung für Lösungsvorschläge zu geben.

Erna Roth-Oberth

8501 Feucht, Dezember 1982

Ich bin heute 88 Jahre alt und habe in meinem langen Leben in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen immer wieder erlebt, daß

- I. 1.) eine Phase kam, während welcher die Bankzinsen ohne jeden ersichtlichen Grund in die Höhe gingen, sodaß kleinere Firmen die Zinsen für die gewährten Kredite nicht mehr zahlen konnten und Konkurs anmeldeten. Die Folge davon war, daß viele Leute arbeitslos wurden.
- 2.) Da nun die Kaufkraft wegen der vielen Arbeitslosen stark vermindert war, wurden die Waren billiger und die Anteile an großen Firmen, wie Aktien, Geschäftsanteile etc. sanken weit unter ihren Nominalwert.
- 3.) Der Staat, der versuchte, dieser Entwicklung entgegenzusteuern, nahm nun seinerseits Geld auf, um Geldspritzen in die Wirtschaft zu geben. Selbstverständlich mußte er für dieses geliehene Geld dieselben hohen Zinsen zahlen, die die Darlehensgeber von den Banken erhielten. Es läßt sich leicht ausrechnen, daß diese Hilfen durch den Staat nicht über einen längeren Zeitraum hinweg geleistet werden konnten.

Dieses immer wieder zu beobachtende Phänomen beruhte also darauf, daß Leute, die Geld hatten, dieses nicht in die Wirtschaft gaben, sondern es gegen hohe Zinsen an Banken oder an den Staat ausliehen.

Die Ursache für die Wirtschaftskrise war also die, daß das Geld nicht rollte. Wenn die

Preise einen Tiefpunkt erreicht hatten, wurden die Zinsen stark gesenkt und alle Leute deckten sich nun mit Waren bzw. Sachwerten oder Firmenanteilen ein. Es war wieder genügend Geld im Umlauf und es folgte eine Periode wirtschaftlicher Prosperität.

II. Nun könnte man logischerweise folgern, daß diese Zustände leicht zu beheben seien, wenn der Staat, anstatt Darlehen aufzunehmen, um Geld zu bekommen, lieber welches drucken und in Umlauf bringen sollte. Diese Notmaßnahme würde aber keine echte Lösung des Problems bringen, weil dadurch lediglich eine Inflation eingeleitet werden würde. Ältere Leute können sich noch an die Zeiten zwischen 1928 und 1931 erinnern, da z.B. ein Brötchen viele Millionen Mark kostete. Dieses war also ebenfalls keine Lösung.

III. Das Umlauf-Geld muß den Gesetzen des Marktes gehorchen, d.h. es darf auch von diesem Geld nicht mehr vorhanden sein, als durch die Summe aller Waren gedeckt ist (Indexwährung). Wenn mehr Geld als Ware vorhanden ist, dann treten Zustände ein, wie man sie aus Reisen in die Ostblockländer kennt, nämlich Schlangen vor Läden, in denen es zufällig etwas zu kaufen gibt, Schwarzmarkt und Schiebertum.

IV. Wir verlangen also von unserem Geld zweierlei, was sich nicht miteinander vereinbaren läßt:

1.) Unser Geld soll rollen.

2.) Es soll wertbeständig sein, ja es sollte die wertbeständigste aller Waren sein,

denn wenn das Geld nicht wertbeständig ist, dann kann man die Einnahmen und Ausgaben schwer gegeneinander verrechnen und schlecht vergleichen und vorkalkulieren und Verträge auf spätere Zahlungen abschließen.

Wir brauchen also nebeneinander zwei Arten von Zahlungsmitteln: Eines zum Ausgeben und eines zum Rechnen und Sparen (Laufgeld und Spargeld).

Das Spargeld könnten auch weiterhin diejenigen Stellen emittieren, d.h. unter die Leute bringen, die das bisher taten, wie Notenbanken, Ämter etc.

Dies Geld müßte wertbeständig sein und zwar nicht in Bezug auf irgendein Edelmetall, welches man nach Belieben horten oder abstoßen kann, sondern in Bezug auf den Lebensstandard, den unsere Wirtschaftsinstitute ja schon recht gut berechnen können. Steigen die Preise, müßte die Allgemeinheit weniger in Umlauf bringen.

Das LAUFGELD dagegen sollte lieber die Post ausgeben, und zwar nicht unter dem Namen "Geld", weil diese Bezeichnung den Nutznießern der heutigen Zustände eine Handhabe zum Eingreifen bieten könnte. Ich werde später schreiben, warum gerade die Post das tun soll. Sein Nominalwert (Nennwert) soll zwar auch beständig sein, doch damit man es gerne ausgibt, soll man es, sagen wir, jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat mit einer Briefmarke bekleben müssen, widrigenfalls es entsprechend an Wert verliert. Von dieser Klebpflicht sollen nur die Post und alle anderen öffentlichen Ämter ausgeschlossen sein. Hier genügt ein Stempel für das Geld des Annahme- und einer für das Geld

des Ausgabetales, falls es einige Zeit liegen bleiben soll.

Ich bringe nun den Entwurf, wie er für die Bundesrepublik aussehen könnte, aber nur im Auszug, um den Leser nicht zu verwirren. Die Stellen, die ich durch Punkte ersetzt habe, betreffen Einzelheiten der technischen Durchführung wie ich sie mir denke, Begründung derselben, mögliche Erweiterungen und andere Dinge, die einen Nichtfachmann weniger interessieren dürften. - Wer sich dafür interessiert, kann vom Uni-Verlag, Postfach 1210, 8501 Feucht, gegen Ersatz der Unkosten einen vollständigen Abzug meines Vorschlages erhalten. Er ist 14 zweizeilige Schreibmaschinenseiten lang.

#### Handhabung:

##### § 1

Um einerseits dem gegenwärtigen Mangel an Zahlungsmitteln und der dadurch bedingten Absatzkrise und Arbeitslosigkeit abzuhelpfen, um aber andererseits den Plafond der DM nicht zu überschreiten und die Valuta nicht zu gefährden, führt die Deutsche Bundesrepublik neben den Banknoten und Zahlungsmitteln auf privater Basis (wie Schuldverschreibungen, an den Börsen gehandelte Aktien, Schecks, Wechsel etc.) ein weiteres bargeldloses Zahlungsmittel ein: Eine von der Bundespost herausgegebene Schuldverschreibung, den Postzahlschein.

§ 2

Der Wert dieser Schuldverschreibung basiert nicht auf Gold, sondern auf einem inländischen Warenpreisindex, sodaß die Zahlscheineinheit in Bezug auf den Durchschnittspreis einer bestimmten vom Verbraucher in Deutschland direkt oder indirekt benötigten Warenmenge mindestens im Inland eine konstante Kaufkraft hat.

§ 3

Als Einheit dieser Zahlscheine wird bis auf weiteres die Deutsche Mark festgesetzt.

§ 4

Um erstens eine Hortung dieser Scheine und die damit verbundenen Gefahren einer Kursschwankung zu vermeiden,  
zweitens, um nicht so viele drucken zu müssen,  
drittens, um nicht getarnte Banknoten auf den Markt zu bringen,  
viertens, um die Nachfrage nach DM nicht zu schmälern,  
fünftens, um das mit der Emission verbundene Risiko,  
sechstens, um die damit verbundenen Unkosten zu decken; und  
siebentes als eine Art Steuer oder Benutzungsmiete, wird vom jeweiligen Inhaber des Zahlscheines eine Taxe erhoben. Der Zahlschein hat zu diesem Zweck ein freies Feld, das auf beiden Seiten in je 24 Rechtecke von der Größe einer Briefmarke eingeteilt wird, die fortlaufend alle

2 - 3 Wochen (vorschlagsweise am zweiten und vierten Sonntag des Monats) mit Briefmarken in der Höhe von einigen Promillen \*) ..... des Nennwertes zu bekleben sind. Die Fälligkeitsdaten sind auf das betreffende Feld gedruckt.

Nicht beklebte Zahlscheine verlieren entsprechend an Wert.

Am Ende des Rechnungsjahres (das besser nicht mit dem Kalenderjahr zusammenfällt, weil die Post zu dieser Zeit zuviel zu tun hat) sind diese Zahlscheine bei der Post gegen neue umzutauschen. ....

### Annahme- und Klebepflicht

#### § 5

Sämtliche Behörden und Ämter der Deutschen Bundesrepublik nehmen diese Zahlscheine an Zahlungsstatt an, und zwar bis zu dem, dem Klebesonntag vorhergehenden Sonntag um 24 Uhr MEZ zum Nennwert (abzüglich etwa fehlender Klebemarken). Von da an ist der Wert der neuen Klebemarke in Abzug zu bringen.

Als Zeitpunkt der Annahme gilt in Zweifelsfällen der Augenblick, wo sich der Inhaber den vor einer Amtsstelle wartenden Personen zugesellt, z.B. der Augenblick, in welchem er sich an die Schlange vor einem Postkartenschalter anstellt.

---

\*) Bei "trabender" Inflation könnte man auch an höhere Promille denken, um das Festgeld begehrter zu machen, und entsprechend niedrigere Scheine drucken.

§ 6

Privatpersonen nehmen diese Scheine bis zum Klebetag um 24 Uhr (MEZ) ..... zum Nennwert (abzüglich fehlender Marken) an.

Mit Ausnahme der Einschränkungen von § 8,2 (Rückzahlung von Krediten, die in Zahlscheinen gegeben wurden) ist aber kein Privatmann und keine private juristische Person zur Annahme dieser Scheine verpflichtet.

§ 7

Bis auf weiteres wird verfügt, daß die aufzuklebende Marke durch den Stempel eines annahmepflichtigen Amtes ..... ersetzbar ist, das Postzahlscheine annimmt, aufbewahrt und unter die Leute bringt. Wenn der Schein länger hier liegt, ist er nur am Annahme- und am Ausgabetag zu stempeln. Diese beiden Stempel gelten dann auch für die Zwischenzeit.

Die dem Annahmetag vorhergehenden Felder müssen aber beklebt werden, und der Beamte ist nicht berechtigt, den Stempel auch für diese Felder zu setzen; auch dann nicht, wenn ihm der Betrag für die fehlenden Marken in bar entrichtet werden sollte. ....

Inverkehrbringen der Zahlscheine

§ 8

Die Zahlscheine werden in den Verkehr ge-

bracht:

1. Durch die Postämter und durch andere der Wohlfahrt dienenden Ämter, wobei der Grundsatz der freiwilligen Annahme gewahrt bleiben muß. -  
.....
2. Als befristete Kredite.

Zur Begründung von § 8 Punkt 2 ist zu sagen, daß diese Zahlscheine besonders in Zeiten der Absatzkrise an vertrauenswürdige Betriebe ausgegeben werden sollten. ....

#### Wertbeständige Aufbewahrung der Zahlscheine

#### § 9

Zahlscheine, die der Inhaber augenblicklich nicht braucht, kann er den Postämtern oder den anderen mit der Ausgabe betrauten Ämtern zur Aufbewahrung übergeben, bis zur Woche vor dem Klebesonntag zum Nennwert, von da weiter unter Abzug der Klebemarke. Dabei kann er sie

1. in Geld auszahlen lassen, falls solches ausreichend verfügbar ist.
2. In wertbeständiger Form auf ein Postscheck-, Postsparkasse-, Bankspar- oder Girokonto gutschreiben lassen . ....

## Beschriftung

### § 10

Soweit der Inhaber diese Bestimmungen kennen muß, sollen sie aus der Beschriftung hervorgehen.

Z.B.: "Die Felder sind an den angegebenen Tagen mit 5-Pf-Marken zu bekleben". "Legen Sie Ihr Geld wertbeständig an, wo, sagt Ihnen das nächste Postamt".

## Auseinandersetzung mit den vernünftigsten Einwänden

Einwand:

Dieses Laufgeld wird die Verhandlungen mit der EWG noch weiter erschweren.

Antwort:

Wie ich schon sagte, sind es Zahlscheine und nicht getarnte wertbeständige Banknoten. Sie werden lediglich ausgegeben, weil nicht genug wertbeständiges Geld im Umlauf ist.

\* \* \* \* \*

Warum gerade die Post?

Antwort: Eine Notenbank würde etwas ganz neues aufbauen müssen und zwar in breitestem Rahmen. Das wäre ein unnötiger Aufwand und brächte den Nachteil, daß kleinere Änderungen, die sich

ja möglicherweise als wünschenswert herausstellen könnten, bei einem großaufgezogenen Apparat schwerer durchführbar wären.

2. Von der Klebepflicht wären hauptsächlich kleine Leute betroffen, und diese haben es bis zum nächsten Postamt, wo die Scheine, die sie nicht benötigen, wertbeständig deponieren können, näher als bis zur nächsten Bank.
3. Verschiedene Bankbeamte haben mir hier entgegengehalten, daß es für sie eine unzumutbare Mehrarbeit sein würde, alles Geld, das durch ihre Hände geht, zu stempeln. Dagegen dürfte das Abstempeln von Papieren oder das Bekleben mit Briefmarken für Postbeamte kein so großes Gebirge sein. Und abgesehen von Zahlungen bei Ämtern wird man diese Zahlscheine ja wohl hauptsächlich bei der Post deponieren, wenn man sie nicht benützen will.
4. Wenn man sein Leben lang immer in gewissen Bahnen gedacht hat, kann man schwer in einer anderen Richtung denken. "Schwundgeld - Schwindegeld"! Über diese Hürde kommt der Bankfachmann nicht hinüber. Der Postbeamte dagegen steht der Sache unbefangen gegenüber.
5. Bei Einführung auf breiter Basis bestünde die Gefahr, daß man dabei eine Inflation hervorrufen könnte. Die Post hat dagegen wie gesagt die Möglichkeit, klein anzufangen. Zehntausend Zahlscheine würden bestimmt keine Inflation hervorrufen. Vielleicht auch eine Million noch nicht, und wie weit man gehen kann, das wird ja die Erfahrung zeigen.

\* \* \* \* \*

Finanzleute, die einmal etwas vom Gesham'schen Satz und von Doppelwährung gehört hatten, hielten mir hier entgegen, daß bei der Einführung der Postzahlscheine in größerer Menge das wertbeständige Geld überhaupt aus dem Verkehr verschwinden könnte, sobald es gelungen sei, es stabil zu machen.

Antwort: Das wäre durchaus möglich, aber das wäre in diesem Fall kein Nachteil, sondern ein Vorteil, denn man könnte dafür etwas mehr Postzahlscheine herausbringen. Übrigens würden die Postzahlscheine bald wieder an die Ausgabestellen zurückkehren, sodaß man sie besser unter Kontrolle hätte und durch vermehrte oder verminderte Ausgabe ihren Nennwert konstant halten könnte. Man muß also anfangs überhaupt nicht berechnen, wieviel man davon herausbringen soll. Das ergibt nachher einfach die Beobachtung des Marktes.

\* \* \* \* \*

Einwand: Die Post ist eine Einrichtung, um Briefe und Waren zu befördern, nicht um Geld zu manipulieren.

Antwort: Bekanntlich gibt es auch Postscheckämter und Postsparkassen, und wenn es etwas zu tun gibt, sollte man nur fragen: "Wer kann das am besten leisten" und nicht: "Was war der ursprüngliche Zweck dieser oder jener Institutionen".

\* \* \* \* \*

Dies waren, wie gesagt, die vernünftigsten Einwände. Den übrigen merkt man es an, daß sie jeder Logik entbehren und oft genug nur von den Nutznießern der jetzigen Zustände ausgestreut werden.

Übrigens hat sich die Sache in kleinem Rahmen bereits bewährt, und die Post braucht, wie ich auf Seite ..... ausführte, auch nicht in größerem Rahmen anzufangen.

Bei der großen Wirtschaftskrise am Anfang der dreißiger Jahre konnte die evangelische Landeskirche AB (Augsburger Bekenntnisses) in Rumänien ihre Angestellten nicht mehr bezahlen, da sie zwar aktiv, aber nicht mehr flüssig war, d.h. auf gut deutsch, sie hätte zwar noch viel Geld bekommen sollen, die Leute hatten aber nichts mehr und sie konnten nicht zahlen und die Kirche hatte dadurch kein Bargeld. Sie schrieb deshalb ihren Angestellten Quittungen für die geleisteten Dienste. Diese gaben sie an zahlungsstatt weiter, und nachdem die Quittungen durch etliche Hände gegangen waren, kamen sie wieder als Kirchensteuer an die Kasse zurück. Natürlich protestierte die rumänische Staatsbank dagegen (Notenbanken sind ja - was nicht jeder weiß - im Grunde Privatunternehmen, und verdienen an den Einlagen der Kunden). Also die Staatsbank protestierte, sie drang aber nicht durch, denn eine, noch dazu auf einen bestimmten Namen ausgestellte Quittung, ist ja schließlich keine Banknote. Auf diese Weise konnte die Kirche während der ganzen Wirtschaftskrise den Gottesdienst und den Schulbetrieb aufrechterhalten. -

Zwei weitere Stellen, die damals Notgeld herausgaben, waren die Stadt Wörgl in Tirol und eine

Fabrik in Schwanenkirchen in Bayern. Eine dieser Stellen gab sogar Marken heraus, mit denen man diese Scheine allwöchentlich bekleben mußte. Die Leute nahmen sie sehr gerne an, damit sie überhaupt ein Zahlungsmittel in die Hand bekamen und die Wirtschaft blühte dort, während sie in der übrigen Welt schwer darniederlag. Doch es gelang der österreichischen Länderbank und der deutschen Reichsbank schließlich, die Sache abzuwürgen, worauf dann auch hier die allgemeine Not begann und den Boden für den Nationalsozialismus ebnet half.

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.  
Copyright 1982 by Uni-Verlag Dr. Roth - Oberth  
8501 Feucht, Pfinzingstraße 10a